

# tribune

## Das Magazin mit unternehmerischen Visionen

### Editorial



Martina Hilker  
Leiterin Kommunikation  
Handelskammer beider Basel  
m.hilker@hkbb.ch

Nicht ohne meinen Onkel! Mein Onkel Frank aus Hamburg war kürzlich in der Schweiz zu Besuch, und seinen wunderschönen Jaguar, ein Cabrio E-Type aus den 70ern, hatte er gleich mitgebracht. Nur mal schnell und ganz «individuell» zum nächsten Shoppingpalast flitzen, dachte ich mir, und nur aus Spass an der Freud'. Alles machbar, doch – des Gesetzes wegen – nicht ohne meinen Onkel Frank. Wissen Sie, weshalb?

Dank der Personenfreizügigkeit hat mittlerweile der eine oder andere Deutsche nicht nur seine Arbeitsstätte in der Schweiz, sondern auch seinen Wohnsitz hierher verlegt. Auf der anderen Seite erlaubt uns Schweizerinnen und Schweizern die geografische und kulturelle Nähe zu unseren Nachbarn Frankreich und Deutschland geistige Höhen-

flüge, geht es um ein nettes Wochenendhäuschen im Elsass oder Schwarzwald oder gar um eine prachtvolle Hauptresidenz. Denn auch hier hört man den Lockvogel im Dienste der attraktiven Immobilienpreise. Nur, zu welchem wahren Preis?

Wenn auch Ehescheidungen – bedauerlicher- oder glücklicherweise, je nach Blickwinkel –, heute beinahe zum Alltag gehören: Wussten Sie, dass Ehepartner von Grenzgängern mit Arbeitsort Schweiz im Scheidungsfalle bezüglich der Aufteilung der Pensionskassengelder leer ausgehen können?

Und dann gibt es auch ganz verrückte Geschichten, wie der Beitrag über einen CH/US-Doppelbürger zeigt, der nicht mehr Amerikaner sein wollte und so ein «Sans Papier» wurde.

Nun, wann wird der Grenzverkehr zum (Stolper-) Stein, wann zur (Fall-) Schlinge, und aus der Schlinge gar ein Strick? Ob nun kurios, witzig oder purer Ernst, so viel sei an dieser Stelle zumindest erwähnt: Es drohen im schönen Dreiland keine solchen Gefahren, wenn man gut und umfassend informiert ist. Dazu wollen wir mit dieser Ausgabe der tribune beitragen.

2 **Steuerfolgen bei Doppelwohnsitz oder geschäftlichem Aufenthalt**

4 **Détention immobilière en France – Immobilienbesitz in Frankreich**

6 **Von einem, der auszog, seinen US-Pass zurückzugeben**

8 **Stolpersteine im Grenzverkehr**

Eine Publikation der Handelskammer beider Basel, der Advokatenkammer Basel und des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands mit grosszügiger Unterstützung der Jubiläumstiftung La Roche & Co Banquiers

**handelskammer beider basel**

VERBAND DER INDUSTRIE-, HANDELS- UND DIENSTLEISTUNGSFIRMEN IN BASEL-STADT UND BASELSTADT



**LA ROCHE**  
1787



Advokatenkammer Basel  
Basellandschaftlicher Anwaltsverband

# Steuerfolgen bei Doppelwohnsitz oder geschäftlichem Aufenthalt



Rolf Lüpke  
Rechtsanwalt, MAES  
Kanzlei Grenzenlos Recht  
rl@grenzenlos-recht.com

**Die geographische und kulturelle Nähe sowie die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Schweiz und Deutschland haben in den letzten Jahren viele Deutsche veranlasst, Arbeitsplatz und Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen. Für Schweizer kann es aufgrund der hohen Immobilienpreise im Heimatland attraktiv sein, ein Ferienhaus oder eine Ferienwohnung in Deutschland zu erwerben. Um keine unliebsamen Überraschungen zu erleben, ist es ratsam, die rechtlichen und steuerlichen Konsequenzen im Voraus genau abzuklären.**

Für die Schweizer Wirtschaft ist Deutschland der bedeutendste Exportmarkt und wichtigste Investitionsstandort. Das bringt viele Geschäftsreisen und Mitarbeiterereinsätze mit längeren Aufenthalten im nördlichen Nachbarland mit sich. Diese Aufenthalte (z. B. bei der deutschen Tochtergesellschaft oder im Rahmen eines grösseren Projektes) werden häufig durch die Anmietung eines Hotelzimmers oder einer kleinen Wohnung, die zur ständigen Verfügung steht, angenehmer gestaltet. Hieraus kann im Einzelfall eine persönliche Steuerpflicht der betreffenden Person in Deutschland entstehen, obwohl sich deren Hauptwohnsitz und der gewöhnliche Aufenthalt in der Schweiz befinden. Dieser negativen steuerlichen Folgen sind sich die Wenigsten bewusst.

Grund hierfür sind die Vorschriften im Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 11. August 1971 (DBA) und im Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass- und Erbschaftssteuern vom 30. November 1978 (DBA-E).

## **Wohnsitz in Deutschland als Anknüpfungspunkt für die unbeschränkte persönliche Steuerpflicht**

Nach den genannten Vorschriften ist eine Person in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig, wenn sie im Zeitpunkt der Entstehung der Steuer die sogenannte «Inländereigenschaft» oder einen inländischen Wohnsitz besitzt. Als Inländer gelten Bürger, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Trotz Hauptwohnsitz in der Schweiz kann ein inländischer Wohnsitz in Form einer sogenannten «ständigen Wohnstätte» begründet werden, wenn ein möbliertes Zimmer zur ständigen Verfügung angemietet oder eine Ferienwohnung gekauft wird. Der deutsche Bundesfinanzhof (BFH) hat in seinem Urteil vom 5. Juni 2007 (IR 22/06) die nachfolgenden Kriterien für die Annahme einer «ständigen Wohnstätte» zu Art 4. Abs. 3 DBA definiert.

## **Kriterien für eine «ständige Wohnstätte»**

Nach Auffassung des BFH setzt Art. 4 Abs. 3 DBA zunächst das Vorhandensein einer «Wohnstätte» voraus. Darunter fallen alle Räumlichkeiten, die nach Art und Einrichtung zum Wohnen geeignet sind. Eine Wohnstätte ist dann eine «ständige» im Sinne des genannten Artikels, wenn sie auf Grund einer langfristigen Rechtsposition ständig genutzt werden kann und tatsächlich regelmässig genutzt wird. Es muss sich dort nicht der Mittelpunkt der Lebensinteressen des betreffenden Steuerpflichtigen befinden. Andererseits reicht eine nur gelegentliche Nutzung nicht aus. Erforderlich ist vielmehr eine Art und Intensität der Nutzung, welche die Wohnung als eine nicht nur hin und wieder aufgesuchte, sondern in den allgemeinen Lebensrhythmus einbezogene Anlaufstelle des Steuerpflichtigen erscheinen lässt. Darin liegt die Qualifizierung der «ständigen Wohnstätte» gegenüber dem Wohnsitz.

Nach dem Verhandlungsprotokoll vom 18. Juni 1971 zu Art. 4 Abs. 2 und 3 des DBA und gemäss Art. 4 Abs. 5 des DBA-E gelten nicht als «ständige Wohnstätte» eine Wohnung oder Räumlichkeit, die nach Charakter und Lage ausschliesslich Ferien-, Kur-, Studien- oder Sportzwecken

dient und nachweislich nur gelegentlich und nicht zum Zweck der Wahrnehmung wirtschaftlicher und beruflicher Interessen verwendet wird. Wenige geschäftliche Besprechungen in einer nur gelegentlich (also beispielsweise zu Urlaubszwecken) genutzten Ferienwohnung sind auch unproblematisch.

In Grenzfällen ist letztlich zu werten, ob die Intensität der Nutzung bei objektiver Betrachtung auf eine Einbindung der Wohnung in das übliche (und damit auch das berufliche) Leben des Steuerpflichtigen hindeutet. Dabei kann auch auf seine persönliche Bindung zur Wohnung abgestellt werden. Schon ein und dasselbe Hotelzimmer, das dem Gast bei seinen Aufenthalten immer zur Verfügung steht, kann «ständige Wohnstätte» sein. Liegen diese Voraussetzungen vor, sind steuerliche Folgen zu beachten.

## **«Qualifizierte» unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland**

Eine natürliche Person unterliegt in Deutschland der sogenannten «qualifizierten» unbeschränkten Steuerpflicht, wenn sie dort eine «ständige Wohnstätte» oder einen gewöhnlichen Aufenthalt von mindestens sechs Monaten im Kalenderjahr hat, obwohl sie gleichzeitig nach den allgemeinen Regeln (Mittelpunkt der Lebensinteressen) in der Schweiz als ansässig gilt («Doppelwohnsitzfall»).

Dieser ergänzende Besteuerungsanspruch gestattet es dem deutschen Fiskus, die Steuerbelastung der Person auf das deutsche Niveau anzuheben. Dabei werden die schweizerischen auf die deutschen Steuern angerechnet. Die konkurrierende deutsche Besteuerung darf mithin nicht zu einer Doppelbesteuerung führen. Soweit nach Art. 24 Absatz 1 Nr. 1 des DBA schweizerische Einkünfte oder Vermögenswerte, die der in Deutschland ansässigen Person zustehen, von den deutschen Steuern befreit sind, bleibt diese Steuerbefreiung unter sogenanntem «Progressionsvorbehalt» bestehen. Deutschland bezieht diese Einkünfte jedoch bei der Festsetzung des Steuersatzes auf die Einkünfte, die die Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer bilden, mit ein. Danach sind von der ergänzenden deutschen Besteuerung befreit:

- gewerbliche Gewinne (Art. 7 DBA), soweit sie aus in der Schweiz ausgeübten aktiven Tätigkeiten oder aus dem dazugehörigen unbeweglichen oder beweglichen Betriebsvermögen stammen;
- freiberufliche Einkünfte und Einkünfte aus unbeweglichem und beweglichem, dem freien Beruf dienenden Vermögen, soweit sie aus der Schweiz stammen;
- Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit in der Schweiz, soweit es sich nicht um Einkünfte aus künstlerischer und sportlicher Tätigkeit handelt.

Bei der Erbschaftssteuer kann Deutschland in diesen «Doppelwohnsitzfällen» nach Art. 4 Abs. 3 DBA-E das Nachlassvermögen besteuern, wenn der Erblasser mit abkommensrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz im Zeitpunkt seines Todes seit mindestens fünf Jahren in Deutschland über eine «ständige Wohnstätte» verfügte. Diese Regelung gilt auch für Schweizer Bürger, die in Deutschland eine «ständige Wohnstätte» besitzen, welche nicht nur ferienhalber genutzt wird (Art. 4 Abs. 5 DBA-E). Allerdings wird in diesem Fall der in der Schweiz gelegene Grundbesitz von der Besteuerung unter Progressionsvorbehalt ausgenommen.

#### Wegzug aus Deutschland

Auch für deutsche Staatsangehörige kann der Wegzug aus Deutschland in die Schweiz noch Jahre später einkommenssteuerliche und erbschaftssteuerliche Folgen auslösen.

Nach Art. 4 Abs. 4 DBA darf unter bestimmten Voraussetzungen (fünf Jahre in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig) eine von Deutschland in die Schweiz verzogene Person im Jahr des Wegzugs und in den folgenden fünf Jahren mit ihren aus Deutschland stammenden Einkünften in Deutschland besteuert werden. Durch diese Regelung soll der Wegzug unattraktiv gestaltet werden. Eine Ausnahme gilt, wenn der Wegzug erfolgte, um eine echte unselbständige Arbeit für einen «fremden» Arbeitgeber auszuüben. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung werden die in der Schweiz bezahlten Steuern in Deutschland angerechnet.

Im Erbschaftssteuerrecht besitzt Deutschland bei «Wegzügern» ein sogenanntes «nachhängendes Besteuerungsrecht», wonach der deutsche Fiskus den Nachlass bis zu sechs Jahre nach dem Wegzug weiter besteuern kann (Art. 4 Abs. 4 DBA). Die Wegzugsbesteuerung greift dann nicht, wenn der Erblasser in die Schweiz gezogen ist, um dort eine echte unselbständige Tätigkeit auszuüben, ohne über das Arbeitsverhältnis hinaus am Unternehmen des schweizerischen Arbeitgebers beteiligt oder wirtschaftlich interessiert zu sein. Sie greift auch nicht, wenn der Erblasser in die Schweiz zieht, um mit einer schweizerischen Staatsangehörigen die Ehe zu schliessen oder er bereits als Schweizer Staatsangehöriger in Deutschland über eine ständige Wohnstätte verfügte.

#### Steuerliche Folgen beim Personaleinsatz in Deutschland

Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der Schweiz und Deutschland werden häufig Mitarbeiter im Rahmen von Projekten für eine bestimmte Zeit ins Nachbarland entsandt. Nach Art. 15 Abs. 1 Satz 1 DBA ist grundsätzlich der Ansässigkeitsstaat zur Besteuerung der Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit befugt. Damit steht z.B. der Bundesrepublik Deutschland das Besteuerungsrecht zu, wenn solche Mitarbeiter aus der Schweiz ihren Wohnsitz in Deutschland nehmen und ein Anstellungsverhältnis beispielsweise bei einem deutschen Tochterunternehmen begründet wird.

Einkünfte, die in der Schweiz ansässige Arbeitnehmer für die in Deutschland ausgeübte unselbständige Tätigkeit beziehen, können in Deutschland besteuert werden, wenn

- der Empfänger der Vergütung sich länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres in Deutschland aufhält oder
- die Vergütung von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt wird, der in Deutschland ansässig ist oder
- die Vergütungen von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in Deutschland hat.

Um eine Besteuerung des Arbeitslohnes dieser Mitarbeiter in Deutschland zu vermeiden, sind die Voraussetzungen hinsichtlich der 183 Tage-Frist unbedingt zu beachten. Auch muss das entsendende Unternehmen bedacht sein, nicht selbst eine steuerliche Betriebsstätte in Deutschland gemäss Art. 5 DBA im Rahmen eines Projektes zu begründen, um nicht selbst direkt in Deutschland steuerpflichtig zu werden.

#### Fazit

Die Sonderregeln zum Wohnsitz in den Art. 4 DBA und DBA-E sind überholt. Zweck der Regelungen war es damals, den Wegzug unattraktiv zu gestalten. Dass davon auch Schweizer betroffen sein können, war eine Nebenwirkung und nicht beabsichtigt. Die Vorschriften stellen eine Einschränkung der Freizügigkeit dar, weil sie den Entscheid zum Wegzug durch Abgaben erschweren und damit die freie Willensentscheidung negativ beeinflussen. Mit Urteil vom 11. März 2004 (Lasteyrie du Saillant) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) schon die französischen Regeln zur Wegzugsbesteuerung für gemeinschaftsrechtswidrig erachtet, was auch Deutschland zur gesetzlichen Anpassung im Verhältnis zu den EU-Mitgliedstaaten zwang. Die Personen- und Kapitalverkehrsfreiheit gilt auch im Verhältnis Schweiz – EU. Ausserdem gibt es mit der neuen Amtshilfebestimmung in Art. 26 DBA einen erweiterten steuerlichen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und Deutschland. Damit wird es höchste Zeit, die Abkommen mit Deutschland anzupassen.

#### Rolf Lüpke

Rechtsanwalt, Master of Advanced European Studies (MAES), ist deutsch-schweizerischer Doppelbürger und betreibt eine eigene Kanzlei in Basel. Er berät Unternehmen und Privatpersonen in ihrer Rechts- und Steuerplanung zwischen der Schweiz und Deutschland.

# Détention immobilière en France



Me Daniel Martin

Avocat

Société d'avocats

JUDICIA CONSEILS

Judicia.mulhouse@judicia.fr

**De nombreux suisses détiennent ou souhaitent acquérir un bien immobilier en France, soit à titre de résidence secondaire soit même à titre de résidence principale et ce sans véritablement en mesurer les conséquences fiscales et patrimoniales. Une telle décision peut constituer un bouleversement de sa fiscalité personnelle et de son patrimoine global.**

## La règle des 183 jours

Le cas le plus évident et le plus contraignant est le transfert de la résidence fiscale de la Suisse sur le territoire français. Ce transfert peut être voulu ou subi puisqu'une des règles les plus redoutables

## Taxes entre 45% et 75%

Immédiatement, le résident fiscal suisse, par l'application du Code Fiscal Français et des Conventions Fiscales entre la France et la Suisse, se transformera en résident fiscal français. Il sera dès lors soumis aux mêmes impôts et taxes que le citoyen français résident dans le Sundgau et notamment à l'impôt sur le revenu, qui devrait dans les mois à venir, et la presse Suisse s'en est fait l'écho, passer à un taux marginal maximum de 45% pour les revenus de moins de 1 million d'euros, et 75% pour les revenus supérieurs à 1 million d'euros. Néanmoins, s'il est frontalier et se déplace tous les matins de sa résidence du Sundgau à Bâle, il continuera à cotiser et bénéficier des régimes sociaux suisses.

Dans le même esprit, en cas d'ouverture de succession, le patrimoine détenu par un suisse qui a fixé sa résidence fiscale en France sera soumis aux droits de succession en France pour les biens situés en France, en Suisse ou ailleurs. Ces droits

devrait pas s'améliorer à court terme puisque le patrimoine exonéré de droits de succession par parent au bénéfice de chaque enfant devrait passer de € 159 325 à € 100 000 dans les mois à venir.

Il ne faut pas oublier enfin l'Impôt de Solidarité sur la Fortune (I.S.F.) qui sera également dû en France au titre du patrimoine mondial...

## Anticipation importante

Sans vouloir entrer dans la technicité du droit fiscal français, il s'agira pour le résident suisse d'anticiper les conséquences du transfert de sa résidence fiscale en France. En dehors du calcul des conséquences financières de ce transfert, certaines décisions peuvent être prises afin d'en réduire l'impact. Dans ces conditions il est préférable:

- de transférer sa résidence fiscale au moment où les revenus diminuent ou à un moment où l'on ne bénéficie plus que de revenus supportant une taxation minorée en France (dividendes, certains revenus du capital ou de la propriété intellectuelle). Mais là également, les règles devraient être modifiées dans les mois à venir...
- que les opérations de transmission de patrimoine soient effectuées en tant que résident fiscal suisse avant de devenir résident fiscal français. Cette approche diminuera les impacts en France en matière de droits de donation ou de succession et également en matière d'I.S.F.

Chaque cas devra être préalablement étudié pour être optimisé. L'optimisation n'existe que par l'anticipation. Or, le cas le plus fréquemment rencontré et également le pire est le citoyen suisse ayant acquis une résidence secondaire sur le territoire français et qui l'utilise dans les faits comme sa résidence fiscale. Il n'anticipera rien et supportera tous les désagréments de la fiscalité française.

Mais qu'en est-il du citoyen suisse qui s'offre une splendide résidence secondaire en France et qui l'utilise en tant que



en matière de fixation de la résidence fiscale en France est simplement le fait de résider plus de 183 jours sur le territoire français. A charge, bien sûr, pour l'administration fiscale française d'apporter cette preuve par tous moyens: enquête de voisinage, utilisation des lignes téléphoniques en France, factures liées à l'usage d'un bien immobilier en France (eau, électricité, gaz)

pourront naturellement être diminués des droits payés à l'étranger. Mais on peut légitimement présumer que ces droits seront toujours nettement supérieurs en France puisque la tranche la plus élevée des droits de succession ou de donation est actuellement de 45% entre des parents et des enfants et de 60% entre des personnes non parentes. Cette situation ne



telle? Lui, sera soumis aux impôts fonciers français (Taxe foncière et taxe d'habitation) mais aussi et malheureusement à l'I.S.F. au titre de la valeur vénale du bien immobilier détenu en France. Ses héritiers seront soumis aux droits de donation ou de succession français au titre de ces mêmes biens immobiliers.

### Les entreprises suisses et la TVA

Une dernière frontière fiscale existe également au titre des travaux réalisés, cette fois-ci par des entreprises suisses, sur des biens immobiliers situés sur le territoire français. Ces entreprises devront, sans entrer dans des détails techniques, être immatriculées à la TVA en France et facturer de la TVA française. A défaut, le propriétaire, qui dans notre exemple est un citoyen suisse désirant faire travailler une entreprise suisse sur le territoire français, pourrait se voir réclamer la TVA française qui n'a pas été collectée.

### Résumé

Retenons de cette courte chronique immobilière transfrontalière qu'il s'agira de respecter la frontière étroite mais essentielle entre la notion de résidence principale et de résidence secondaire en France, et que le droit fiscal français va évoluer ces prochains jours un projet de loi de Finances étant soumis au vote des députés depuis le 16 juillet 2012. Les principes resteront, mais les taxations augmenteront ... peut-être.

#### Daniel Martin

ist Leiter der Niederlassung Mulhouse der renommierten Anwaltskanzlei JUDICIA CONSEILS. Er ist Mitglied des Direktionsbüros der Schweizerischen Handelskammer in Frankreich (CCSF) und ist unter anderem spezialisiert auf die steuerrechtlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz.

## Immobilienbesitz in Frankreich

Zahlreiche Schweizer besitzen in Frankreich eine Immobilie oder befassen sich damit, eine zu kaufen, sei es als Zweitwohnung oder gar als Hauptwohnsitz. Selten wird dabei an die damit verbundenen steuer- und vermögensrechtlichen Konsequenzen gedacht, die sehr einschneidend sein können.

Wer sich länger als 183 Tage pro Jahr in Frankreich aufhält, verlegt damit seinen Steuersitz automatisch nach Frankreich und unterwirft sich so dem französischen Steuerrecht. Beweispflichtig für diese 183 Tage sind die französischen Steuerbehörden; als Beweismittel dienen ihnen z.B. Rechnungen, die auf eine Immobilie hinweisen (Gas, Wasser, Elektrizität, Telefon) oder auch Aussagen von Nachbarn. Betroffen von der Steuerpflicht ist die Einkommenssteuer (die in den kommenden Monaten für Einkommen unter 1 Million Euro auf maximal 45%, für solche über 1 Million Euro gar auf 75 % ansteigen dürfte) wie auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die erhoben wird, sobald der steuerliche Wohnsitz in Frankreich liegt (aktuell gilt ein Steuersatz von 45 % für direkte Nachkommen und 60 % für übrige Erben oder Beschenkte). Künftig soll die steuerfreie Quote pro Nachkomme gar von € 159 325 auf € 100 000 reduziert werden! Nicht zu vergessen schliesslich die Vermögenssteuer, die bei französischem Steuersitz auf das Vermögen greift, wo auch immer es sich befindet.

Ein Schweizer, der sich in Frankreich niederlassen will, tut demnach gut daran, die steuerrechtlichen Konsequenzen bestmöglich zu antizipieren! Nur so ist es möglich, die steuerlichen Folgen etwas zu mindern. Es ist z.B. von Vorteil, den Wohnsitz (erst) dann zu verlegen, wenn das Einkommen kleiner wird oder zur Hauptsache aus Entgelt besteht, das in Frankreich geringer besteuert wird (Dividenden, bestimmte Kapitalerträge oder Erträge aus Immaterialgütern). Aber auch hier gilt, dass

die Bestimmungen in naher Zukunft wohl verschärft werden... Um die französischen (Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögens-) Steuern zu senken ist es überdies vorteilhaft, das Vermögen *vor* einem allfälligen Wohnsitzwechsel zu übertragen.

Jeder Fall ist aber gesondert zu beurteilen, und für eine optimale Lösung ist eine sorgfältige Analyse unabdingbar. Leider ist es aber sehr häufig so, dass ein Schweizer in Frankreich einen Zweitwohnsitz begründet, den er darauf so nützt, dass er zum Steuersitz wird. Hat er sich im Voraus nicht genügend mit der Materie befasst, wird er alle Unannehmlichkeiten des französischen Steuerrechts erfahren. Aber auch der Schweizer, der seinen Zweitwohnsitz effektiv als solchen benützt, entgeht dem französischen Fiskus nicht: Er hat eine Grund- oder Wohnungssteuer wie auch eine Vermögenssteuer über den Verkehrswert der Immobilie zu entrichten. Allfällige Erben oder Beschenkte unterstehen auch in diesem Fall dem französischen Steuerrecht.

Ein letztes fiskalisches Problem schliesslich kann entstehen, wenn z.B. ein Schweizer Arbeiten an seiner in Frankreich gelegenen Immobilie durch eine Schweizer Firma vornehmen lässt. Diese muss dann die französische Mehrwertsteuer abrechnen. Unterlässt sie es, kann der Schweizer Auftraggeber die Mehrwertsteuer zurückfordern, obwohl sie gar nie erhoben worden ist.

Zusammenfassend ist also primär die subtile, aber folgeschwere Unterscheidung zwischen Haupt- und Zweitwohnsitz von grosser Bedeutung. Weiter ist aber zu beachten, dass die zukünftige Entwicklung auf diesem Gebiet sehr unsicher ist, da zurzeit der Entwurf eines neuen Finanzgesetzes im Parlament beraten wird. Ändern wird sich vermutlich aber nur, dass die Steuern zukünftig noch höher ausfallen...

*Deutsche Zusammenfassung: Dr. Gilbert Thiriet*

## Von einem, der auszog, seinen US-Pass zurückzugeben ...

**Dies ist die (wahre) Geschichte von einem ehrenhaften schweizerisch-amerikanischen Doppelbürger – nennen wir ihn Alois Vogler –, der beschloss, seinen US-Pass zurückzugeben und dabei nicht ahnte, dass er am Schluss als «Sans Papier» dastehen würde...**

Alois Vogler kam in Amerika zur Welt. Seine Eltern, beide Schweizer Bürger, arbeiteten damals für die CIBA im US-Bundesstaat New Jersey. So kam es, dass der kleine Alois zwar als Schweizer Staatsbürger das Licht der Welt erblickte, nach amerikanischem Gesetz mit seiner Geburt jedoch automatisch auch das Anrecht auf einen Pass der Vereinigten Staaten von Amerika erhielt. Siebzehn Jahre lang war diese Option für Alois kein Thema. Als er aber darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das Recht auf die US-Staatsbürgerschaft mit dem 18. Geburtstag dahinfalle, entschloss er sich kurzerhand, schweizerisch-amerikanischer Doppelbürger zu werden. Die Vereinigten Staaten – Weltmacht und Land der unbegrenzten Möglichkeiten! Als US-Bürger dazu zu gehören, erschien dem jungen Mann unglaublich vorteilhaft.



Mit seiner Einschätzung lag Alois Vogler nicht falsch. Amerika wurde zu einem wichtigen Bestandteil seines Lebens. Schon während des Studiums verbrachte er viel Zeit in Übersee; er besuchte seinen Bruder, der dort lebte, und später arbeitete er als junger Nationalökonom eine gewisse Zeit in den USA. Dabei lernte er seine jetzige Frau, eine Amerikanerin, kennen. Unterdessen lebt Alois Vogler mit Frau und Kindern längst in der Schweiz und arbeitet in leitender Stellung bei einer schweizerischen Grossbank. Trotzdem blieb ihm Amerika sehr nahe; Familie Vogler ver-

brachte beispielsweise sämtliche Sommerferien bei ihren Verwandten in den Staaten. Und bis vor drei, vier Jahren hätte Alois Vogler auch nie im Leben daran gedacht, seinen US-Pass zurückzugeben, im Gegenteil: Er überlegte sich sogar, in den USA ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen.

Dann aber erlitt die Beziehung zu seiner zweiten Heimat einige Dämpfer, die Vogler nachdenklich stimmten. Der Druck, den die Amerikaner wegen möglicher Steuerhinterziehung auf ihre Landsleute und die Schweizer Grossbanken ausübten, begann man auch innerhalb Voglers Bank zu spüren. Mit der Folge, dass ihm seine Arbeitgeberin plötzlich – und nur, weil er amerikanischer Bürger war – interne Anweisungen erteilen musste, die ihm den Kontakt zu den Kunden schwieriger machten und ihn gegenüber seinen Arbeitskollegen diskriminierten. Es kam gar die Frage auf, ob er seine Konti auf eine andere Bank transferieren solle. Und dies alles, obwohl Vogler in den USA jeden Cent versteuert und sich auch sonst nichts hatte zuschulden kommen lassen. Der berühmte Tropfen aber, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Wiedereinführung der amerikanischen Erbschaftssteuer.

Vogler musste befürchten, rund die Hälfte seines Vermögens dereinst nicht seiner Frau und den Kindern vererben zu können, sondern dem krisengeschüttelten Amerika abliefern zu müssen!

Alois Vogler beschloss, sich seiner US-Staatsbürgerschaft zu entledigen.

Er beauftragte seinen Anwalt, sich der Sache anzunehmen. «Das grösste Problem wird sein, überhaupt eine Botschaft zu finden, die dich innert nützlicher Frist empfängt», meinte der und versuchte sein

Glück bei den amerikanischen Vertretungen von Bern, London, Rom, Paris, Berlin und Amsterdam. Ohne Erfolg. Voglers Steuerberater riet, man solle es doch in Prag probieren. Und siehe da: «Kommen Sie vorbei und nehmen Sie 400 US-Dollars in bar mit», hiess es dort. Ausserdem müsse er mindestens drei Tage in Prag verbringen. «Wenn's weiter nichts ist», dachte sich Vogler, und flog mit der ganzen Familie zu einem Städte-Weekend in die Goldene Stadt an der Moldau. Während sich Frau und Kinder mit Sightseeing vergnügten, wurde der bedauernswerte Vogler in der Botschaft in ein winziges Kabäuschen geführt und vom amerikanischen Vize-Konsul, den er nur durch eine Glas-scheibe zu Gesicht bekam, per Mikrofon mit Hunderten von Fragen durchlöchert, Fragen, die er allesamt schon zuhause auf einem Fragebogen beantwortet hatte: Did you ever serve in a foreign army? Haben Sie irgendwann irgend etwas gegen Amerika unternommen? Waren Sie je Mitglied eines Geheimdienstes? Und dergleichen mehr. Nach gut anderthalb Stunden entliess ihn sein Gegenüber mit der Anweisung, sich nun zwei Tage und zwei Nächte lang zu überlegen, ob er den US-Pass wirklich abgeben wolle. Vogler tat wie ihm befohlen. Am dritten Tag begab er sich erneut in die Botschaft, wo im Vorraum bereits zwanzig Leute warteten, die meisten vermutlich auf einen US-Pass... Als die Reihe an ihm war, wurde er nicht etwa ins Büro gebeten, sondern der Diplomat fragte ihn vor allen Leuten, ob er den Pass noch immer abgeben wolle? «Yes!» – «Then we do the procedure.» Die Prozedur bestand darin, dass Vogler mit erhobener Hand und coram publico schwören musste, den US-Pass im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und im Bewusstsein der damit verbundenen Folgen zurückgeben. Die zahlreichen Folgen – z. B. dass er in den USA nie armengenössig werden dürfe – las Vogler dabei laut von einem Blatt ab, das ihm übergeben wurde. Nach weiteren langen Minuten, in denen der Ex-Amerikaner unter den irritierten Blicken der Anwesenden auf die Rückgabe des Schweizer Passes wartete – er musste noch von der ersten bis zur letzten Seite kopiert werden –, schritt Vogler von dannen und dachte, das Drama sei nun überstanden. Dem war aber nicht so...

Zuhause erklärte ihm sein Anwalt, sein Schweizer Pass sei kopiert worden, damit er, falls nötig, für die USA auch als Ex-Amerikaner wieder greifbar sei. Solches lasse sich aber vermeiden, wenn er den Pass «verliere», sobald er die Bestätigung erhalten habe, dass seine US-Bürgerschaft definitiv erloschen sei. Dann könne er sich einen neuen mit einer andern Nummer ausstellen lassen. «Gute Idee», dachte Vogler, und meldete bei der Polizei den Verlust seines Ausweises, nachdem er mit Freunden in Madrid einen Match von Real besucht hatte. Der Polizist schrieb den Pass zur Fahndung aus und erklärte dem temporären «Sans Papier», wie er zu einem neuen komme. Vogler füllte im Internet das entsprechende Antragsformular aus, sandte es nach Bern – und fiel aus allen Wolken, als er die Antwort erhielt, in der Schweiz gebe es keinen Alois Vogler! Des Rätsels Lösung war bald gefunden: Seine bisherigen Pässe hatte Vogler jeweils von der Wohngemeinde erhalten. Seit einiger Zeit war nun aber der Kanton zuständig, der sich die Pass-Daten von den jeweiligen Geburtsurkunden beschaffte. Auf Alois Voglers Urkunde stand jedoch der Vorname Adalbert. Sein Vater hatte dies so eintragen lassen, ohne dass es dem Sohn je aufgefallen wäre. Vogler meinte, das sei doch kein Problem, er habe ja jetzt fast fünfzig Jahre bestens mit dem Vornamen Alois gelebt, und da könne man ihn doch nicht einfach seiner Identität berauben! Doch der Kanton blieb hart: Einen neuen Pass gebe es nur für Adalbert. Auch der Versuch, bei der Polizei den verloren gemeldeten Pass als wieder aufgefunden zu melden, blieb erfolglos. Er brauche gleichwohl einen neuen, da die Nummer des alten ausgeschrieben sei und nicht mehr verwendet werden könne. Weil Vogler für eine bevorstehende Reise dringend einen Pass benötigte, gab er, zumindest für den Moment, klein bei. Er wird nun als Adalbert A. Vogler reisen und nach seiner Rückkehr unverzüglich ein Namensänderungsverfahren auf «Alois» einleiten. Das kostet ihn zwar noch einmal mindestens 3000 Franken, dafür kann er aber seine Kreditkarte weiterhin benutzen und die E-Mail-Adresse braucht er auch nicht zu wechseln. Das ist doch schon was wert.



Christoph B. Gloor

Teilhaber

La Roche & Co Banquiers

cbg@lrc.ch

«Amerikanische Millionäre nicht mehr willkommen» titelte die NZZ am 9. Mai 2012 und berichtete, dass einige der weltgrössten Vermögensverwalter keine amerikanischen Kunden mehr annehmen beziehungsweise die Geschäftsbeziehung mit bestehenden US-Kunden auflösen. Was steckt dahinter, dass Kunden mit einem Bezug zu den Vereinigten Staaten von Amerika vermehrt Probleme bei der Aufnahme einer neuen Bankbeziehung im Ausland befürchten müssen oder gar zur Auflösung bestehender Geschäftsbeziehungen gezwungen werden?

Aufgrund der komplexen amerikanischen Gesetzgebung hat es sich eingebürgert, von sogenannten US-Personen zu sprechen. Darunter fallen sämtliche natürlichen Personen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika der Steuerpflicht unterliegen. Dazu gehören alle in den USA permanent ansässigen Personen. Daneben kennen die USA die weltweite Besteuerung ihrer Bürger, auch wenn diese im Ausland leben, so auch Doppelbürger.

Die amerikanische Gesetzgebung erschwert es ausländischen Banken in mehrfacher Hinsicht, US-Personen als Kunden zu betreuen. Es sind jedoch nicht primär die Regulatorien, die es den Banken schwerer oder gar unmöglich machen, amerikanischen Kunden zu betreuen, sondern es ist die grosse Rechtsunsicherheit, die damit verbunden ist.

Ausländische Banken dürfen Kunden mit Domizil in den USA mit wenigen Ausnahmen nur dann in den Vereinigten Staaten betreuen, wenn sie bei der Securities and Exchange Commission (SEC) registriert sind. Der Aufwand für eine Registrierung ist beträchtlich und lohnt sich nur, wenn

ein Finanzintermediär den amerikanischen Markt klar als einen seiner Zielmärkte identifiziert hat und aktiv bearbeitet. Bereits die Beratung aus dem Ausland in die USA über Telefon oder E-Mail wird von den Amerikanern als Betreuung im Lande betrachtet und unterliegt der SEC-Gesetzgebung.

Aus steuerlicher Sicht erschwert das Qualified Intermediary Agreement (QI) die Betreuung von US-Personen. Das QI ist ein Vertrag zwischen ausländischen Banken und der US-amerikanischen Steuerbehörde (IRS). Das QI regelt die Handhabung der Quellensteuern einerseits und verlangt andererseits ein ausführliches Reporting zuhanden des IRS, in welchem die Einkünfte, Verkaufserlöse und Vermögenswerte von US-amerikanischen Wertschriften sämtlicher US-Personen gemeldet werden müssen.

Mit dem FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act), der ab 2013 schrittweise eingeführt wird, verlangen die USA von allen Banken weltweit, dass sämtliche Erträge und Verkaufserlöse von US-Personen entweder den amerikanischen Behörden gemeldet werden oder eine Quellensteuer von 30 Prozent nicht nur auf den Erträgen sondern auch auf den Verkaufserlösen von US-Wertschriften in Abzug gebracht wird. Da sich die Steuerpflicht nicht auf Personen mit Domizil in den USA beschränkt, sind die Banken gezwungen, umfassende Abklärungen über eine allfällige Steuerpflicht ihrer Kunden in den USA vorzunehmen. Auch hier sind die Rechtsrisiken für die Banken erheblich, da die Abklärung eines US-Status ihrer Kunden sehr schwierig sein kann.

Sie können sich natürlich mit Recht fragen, ob die vorgenannten Gründe ausreichen, den Umgang mit US-Kunden stark einzuschränken. Das nicht korrekte Einhalten der genannten Regulatorien birgt für die Banken jedoch enorme Rechtsrisiken, denen sie sich möglichst entziehen wollen, ausser sie haben die USA zu ihrem Zielmarkt erklärt.

# Stolpersteine und Fallen im Grenzverkehr

Seit 1993 berät die Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen INFOBEST PALMRain in Villeneuve Bürger und Unternehmen in allen möglichen Fragen des grenzüberschreitenden Wohnens, Arbeitens und Einkaufens. Eric Jakob, Geschäftsführer der REGIO BASILIENSIS und langjähriger Projektkoordinator der INFOBEST, sowie Marc Borer, Schweizer Berater vor Ort, schildern drei Beispiele aus dem breiten Fragenspektrum:

## «Fremdfahren» kann teuer werden

Ein klassischer, aber weitgehend unbekannter Stolperstein im Dreiland ist die grenzüberschreitende Verwendung von Fahrzeugen. Viele wissen nicht, dass man im eigenen Land in aller Regel nicht berechtigt ist, Fahrzeuge mit ausländischen Kennzeichen zu verwenden. Wenn also beispielsweise Familienangehörige aus Deutschland zu Besuch kommen, so darf man als in der Schweiz wohnhafte Person nur dann deren Fahrzeug für eine Spritztour durch die Schweiz verwenden, wenn der Fahrzeugeigentümer mitfährt. Dies gilt im Übrigen in allen drei Ländern (D/F/CH) und kann gelegentlich zu unangenehmen Überraschungen führen. Hier von sind beispielsweise Kleinbetriebe betroffen, die ihren Arbeitnehmern aus dem Ausland ein Firmenfahrzeug auch für den Arbeitsweg zur Verfügung stellen.

Kommen diese Personen in ihrem Wohnland in eine Verkehrskontrolle, so droht ihnen eine Busse.

## Stolperfälle Mehrfachbeschäftigung

Bei der Anstellung von Grenzgängern sind diverse Punkte zu beachten. So muss sich der Arbeitgeber um die Aufenthaltsbewilligung kümmern, eventuell muss Quellensteuer vom Lohn abgezogen werden, und der Mitarbeiter muss bei den Sozialversicherungsträgern angemeldet werden. In diesem Zusammenhang ist von entscheidender Bedeutung, ob der Mitarbeiter noch eine weitere (Neben-) Erwerbstätigkeit hat. Die sozialversicherungsrechtliche Zuordnung wird seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens Schweiz-EU durch EU-Recht geregelt. Hierbei gilt: Eine Person ist immer in dem Land sozialversicherungspflichtig, in dem sie arbeitet. Aber Achtung: Liegt bei mehreren Tätigkeiten zumindest eine im Wohnland, so ist die Person dort – und nur dort (!) – sozialversicherungspflichtig. Die Konsequenz: Der Schweizer Arbeitgeber muss die Beiträge nicht in Schweizer Kassen einzahlen, sondern in jene des Wohnlandes. Diese Zuordnung ist zwingend. Wollen Arbeitgeber vermeiden, mit ausländischen Kassen abrechnen zu müssen, so sollten sie ihre künftigen Mitarbeiter unbedingt hinsichtlich beruflicher Nebentätigkeiten befragen und gegebenenfalls entsprechende Auflagen machen.

## Scheidung in Frankreich – und die Ehefrau geht leer aus?

Bei einer Scheidung nach Schweizer Recht sind grundsätzlich auch die Rentenguthaben unter den ehemaligen Ehegatten aufzuteilen. Sofern nur einer der beiden berufstätig war, muss nach Zivilgesetzbuch und Freizügigkeitsgesetz dem andern Ehegatten ein Ausgleich geleistet werden. Auch Grenzgänger mit Arbeitsort Schweiz sind in der beruflichen Vorsorge versichert. Was passiert nun im Falle einer Scheidung nach französischem Recht mit dem entsprechenden Guthaben? Die französische Cour de cassation (oberster französischer Gerichtshof für Zivilrecht) hat 2006 entschieden, dass Guthaben aus der CH-Pensionskasse als Eigengut zu qualifizieren und somit bei einer Scheidung nicht zu teilen seien. Damit geht der Partner oder die Partnerin leer aus. Allerdings kann dies mit der Aufnahme einer Klausel in das Scheidungsurteil, dass die Teilung der entsprechenden Guthaben durch ein Schweizer Gericht zu erfolgen habe, vermieden werden.

Weitere wertvolle Hinweise zu möglichen Fallen und Stolpersteinen im Grenzverkehr gibt Ihnen die Informationsstelle INFOBEST PALMRain  
[www.infobest.eu](http://www.infobest.eu)  
[marc.borer@infobest.org](mailto:marc.borer@infobest.org)

IMPRESSUM Nummer 3/2012, erscheint viermal jährlich.

HERAUSGEBER: Handelskammer beider Basel ([info@hkbb.ch](mailto:info@hkbb.ch)), Advokatenkammer Basel, Basellandschaftlicher Anwaltsverband ([sekretariat@advokaturambahnhof.ch](mailto:sekretariat@advokaturambahnhof.ch))  
grosszügig unterstützt von der Jubiläumsstiftung La Roche & Co ([jubilaumsstiftung@larochebanquiers.ch](mailto:jubilaumsstiftung@larochebanquiers.ch))

REDAKTION: Dr. Philip R. Baumann, Dr. iur. Alexander Filli, Dr. iur. Roland Gass, Dr. iur. Urs D. Gloor, MLaw Andrea Tarnutzer-Münch, lic. phil. I Roger Thiriet

LAYOUT: Elmar Wozilka, Handelskammer beider Basel, Druck: bc medien ag, Arlesheim

ADRESSE: «tribune», Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel Telefon: +41 61 270 60 61 Telefax: +41 61 270 60 65 E-mail: [tribune@hkbb.ch](mailto:tribune@hkbb.ch)

Tribune ist eine offizielle Publikation der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder.

Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Für Nichtmitglieder kostet das Jahresabonnement CHF 20.–

AZB

CH-4010 Basel  
P.P / Journal

tribune